



### **Präventionsstelle gegen radikalen Islamismus in Hildesheim gesichert**

#### **Landes-Demokratiezentrum fördert Beratungs- und Servicestelle gegen Radikalisierung**

Die Einrichtung der vom Caritasverband geplanten „Service- und Beratungsstelle gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit“ in Hildesheim ist gesichert. Das Landes-Demokratiezentrum (LDZ) beim Landespräventionsrat Niedersachsen im Niedersächsischen Justizministerium stellt kurzfristig eine Anschubfinanzierung in Höhe von rund 60.000 Euro für das Jahr 2017 zur Verfügung. Personal und Ausstattung der Beratungsstelle sind damit in diesem Jahr vollumfänglich finanziert. In den Jahren 2018 und 2019 erhält der Träger eine Teilförderung in Höhe von 55.000 Euro jährlich.

„Ich freue mich, dass durch das kurzfristige Einwerben von Fördermitteln des Bundes durch das Niedersächsische Landes-Demokratiezentrum die Einrichtung der Beratungsstelle Hildesheim nun doch noch möglich wird“, erklärt die Niedersächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz. „Die Stärkung lokaler und kommunaler Ansätze ist ein Schlüssel zur erfolgreichen Prävention von Radikalisierungsprozessen.“

Die Stadt Hildesheim gilt als einer der "Hotspots" der neo-salafistischen Szene in Niedersachsen. Der „Deutschsprachige Islamkreis“ (DIK) und die dazu gehörige Moschee, in der unter anderem der salafistische Prediger Abu Walaa aktiv war, wurden inzwischen vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport verboten.

Der Caritasverband Hildesheim hatte unlängst vom Bundesfamilienministerium eine Absage zur Förderung eines Modellprojekts im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ erhalten. Ziel des Vorhabens mit dem Titel „Radius \_Service- und Beratungsstelle gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit“ ist die Bereitstellung einer lokalen Unterstützungsstruktur bei Fällen religiös-motivierter Radikalisierung und bei Islamfeindlichkeit. Das Konzept der Caritas sieht dabei eine sozialräumliche und auf das gesamtgesellschaftliche Zusammenwirken verschiedener Akteure ausgerichtete Vorgehensweise vor. Der Caritasverband ist schon bei der Antragstellung intensiv vom Landes-Demokratiezentrum beraten worden.

Das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (LDZ) ist Teil des Landespräventionsrates Niedersachsen im Niedersächsischen Justizministerium. Es nimmt neben seiner Arbeit gegen Rechtsextremismus auch andere demokratiefeindliche Phänomene, insbesondere den gewaltorientierten Salafismus, in den Blick. Hier ist u.a. der Arbeitsbereich „Prävention von salafistischer Radikalisierung und Islamfeindlichkeit“ angesiedelt.

Nr. 58/17 / Marika Tödt		
Pressestelle Am Waterlooplatz 1, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-5044 Fax: (0511) 120-5181	www.mj.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mj.niedersachsen.de